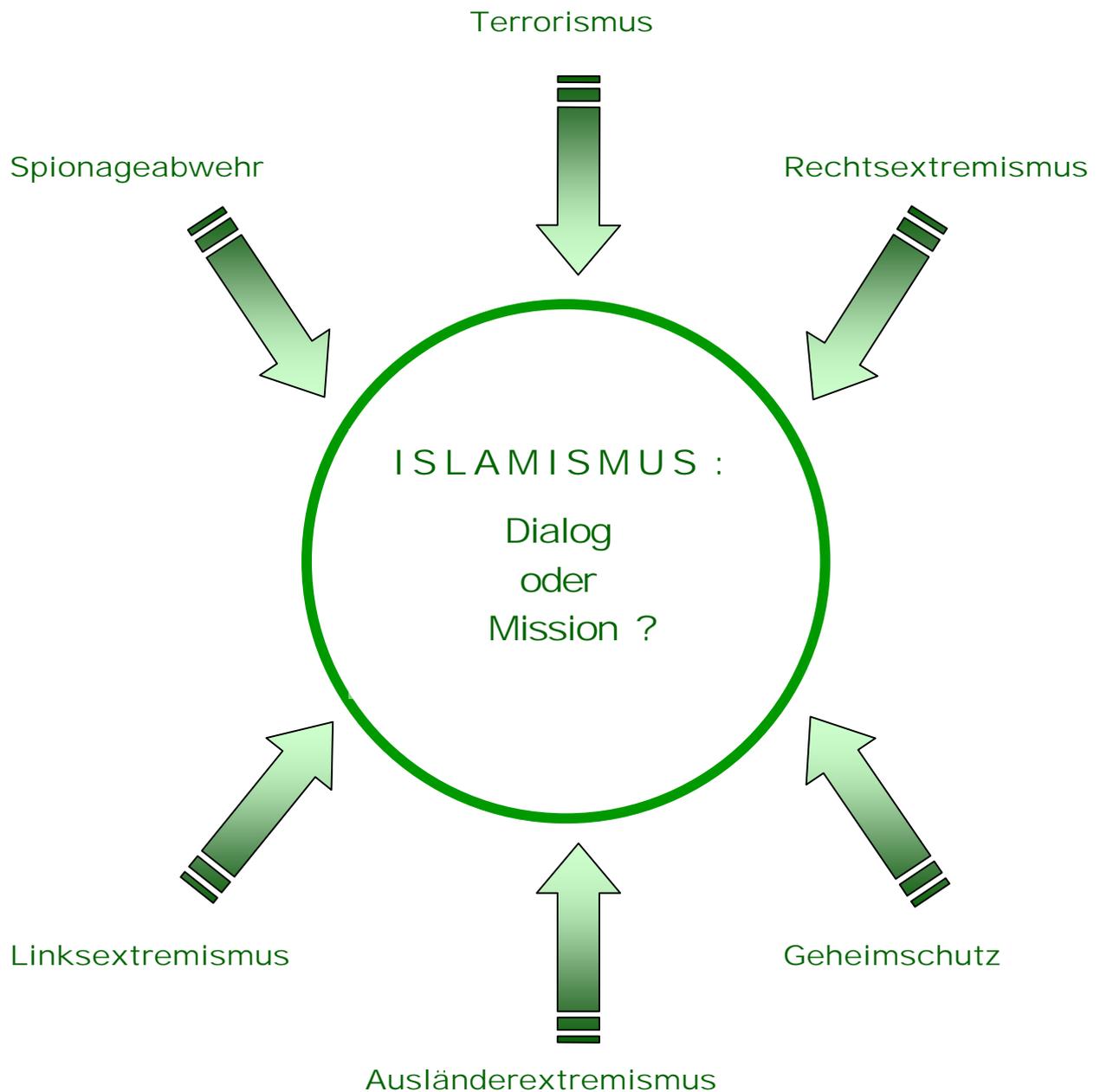




Der Verfassungsschutz informiert



Thema Islamismus: Dialog oder Mission ?

In der Zeitschrift der renommierten Azhar-Universität in Kairo „Majallat al-Azhar“, Sprachrohr islamischer Geistlichkeit in der muslimischen Welt, erschienen im Dezember 2003 mehrere Artikel, die ein Schlaglicht auf die Haltung ägyptischer Islamvertreter zur westlichen Gesellschaft, zu Christentum, Judentum und zum Staat



Israel werfen. Unverhüllt werden hier Versatzstücke antichristlicher, antijüdischer Polemik aneinandergereiht und als islamische Positionen verbreitet. Im gleichen Monat wird auch in der Zeitschrift „Minbar al-Islam“, Organ des Hohen Rates für Islamangelegenheiten in Ägypten, in polemischer Weise zum gleichen Thema argumentiert. Dies ist kein Einzelfall. Denn auch in Traktaten und Zeitschriften, die in Moscheen und islamischen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland kursieren, werden Meinungen über

andere Religionen, die als diskriminierend und extremistisch einzustufen sind, vertreten. Ideengut dieser Art, ob offen oder verdeckt geäußert, muss zwangsläufig auch den Dialog zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft in unserer Gesellschaft berühren.

Hier stellt sich die Frage nach Wert und Unwert des interkulturellen Diskurses. Wem bringt er was?

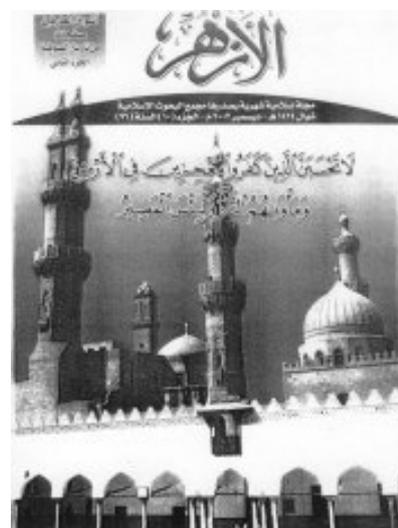
Der interkulturelle und interreligiöse Dialog ist in der Bundesrepublik seit Jahren fester Bestandteil der Integrationspolitik in Bund und Ländern. Auch in Hessen fanden im vergangenen Jahr zahlreiche Dialogveranstaltungen statt, ausgerichtet von politischen oder kirchlichen Gremien, Initiativen und Vereinen, aber auch von zwischenstaatlichen islamischen Organisationen wie beispielsweise das internationale Symposium „Dialog der Zivilisationen“ in Frankfurt am Main im

vergangenen September. Solange dieser Dialog Wege zu einer besseren Verständigung mit dem Islam auf der Grundlage unserer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft eröffnet, nicht zuletzt der Konfliktprävention dient, ist jede dieser Initiativen gerade auch aus Sicht einer Sicherheitsbehörde unterstützenswert.

Doch leider gibt es seit Jahren Anzeichen für eine unveränderte Instrumentalisierung des Dialogs von Seiten islamischer Organisationen und deren Repräsentanten, die de facto nur für eine kleine Minderheit der 3,2 Millionen Muslime in der Bundesrepublik sprechen. Allzu leicht werden interkulturelle Veranstaltungen zu Bühnen für islamistische Ideologen, die westliche Gesellschaften pauschal verurteilen und die vermeintliche Stigmatisierung des Islam in Medien und Öffentlichkeit lautstark beklagen.

Entscheidend dafür sind die unterschiedlichen Voraussetzungen der Gesprächspartner. Während sich Vertreter der Mehrheitsgesellschaft, insbesondere der Kirchen, in ihren Positionen oft weit auf ihre muslimischen Partner zu bewegen - eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung spricht von „Selbstminimalisierung“ -, sind muslimische Vertreter oft nicht darum verlegen, ihren Partnern unmissverständlich klarzumachen, worin der „wahre Islam“ besteht. Sie vertreten mehr oder weniger offen, dass das Ziel des Dialogs für sie darin bestehe, eigenständige Rechtspositionen für die angeblich von ihnen vertretene muslimische Gemeinschaft in Deutschland zu sichern oder einzufordern.

Dreh- und Angelpunkt ist die unverändert geltende These von der Überlegenheit des Islam und dem universalen Geltungsanspruch seiner Werte gegenüber allen anderen Weltanschauungen und Religionen. Von vielen Muslimen, darunter prominenten Intellektuellen wie dem Tunesier Muhammed Talbi und dem im europäischen Exil lebenden Ägypter Nasr Hamid Abu Zaid, wird der Islam in seinem historischen Wandel und heutigen Pluralismus verstanden und interpretiert. Demgegenüber wird diese zeitgemäße Perspektive von



islamistischen Vertretern auch hierzulande beständig gelehnet und die „reine Lehre“ in muslimischen Gemeinden verbreitet. Der exklusivistische Anspruch des Islam wird den Dialogpartnern auch in der „Islamischen Charta“, veröffentlicht im Februar 2002 durch den Zentralrat der Muslime in Deutschland, vor Augen geführt. Zitat: *„Die Muslime... glauben, dass der Koran die ursprüngliche Wahrheit, den reinen Monotheismus nicht nur Abrahams, sondern aller Gesandten wiederhergestellt und bestätigt hat.“*

Der Konflikt um die Deutungshoheit im gegenwärtigen Islam durchzieht nahezu alle Veranstaltungen, bei denen interreligiöse Verständigung und Toleranz eingeübt werden soll. An die Stelle von Dialog tritt der missionarische Anspruch, den einzig „richtigen“ Islam zu vertreten und zu verbreiten. Kopftuchtragen und Schächten werden von den islamischen Spitzenverbänden zu Symbolen für eine „islamgemäße“ Lebensweise hochstilisiert, obgleich die theologische Interpretation dazu in hohem Maße strittig ist.

Der ehemalige Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, Amir Zaidan, Gast u.a. auf dem Ökumenischen Kirchentag im Mai 2003 in Berlin, hat in seinem Buch „Al-'Aqida“ (Das Glaubensbekenntnis des Islam) deutlich gemacht, wo für ihn islamische Toleranz endet.

„Der Abfall vom Islam... wird bewirkt durch folgende Sünden:

1. die Verleugnung von Tauhid (islam. Einheitsbekenntnis): Darunter fallen alle Personen, die sich weigern, die Einheit und Einzigkeit Allahs anzuerkennen. Hierunter fällt die größte Anzahl der Nicht-Muslime...

6. Akzeptanz und Unterstützung von Kufr („Unglauben“): Darunter fallen alle Personen., die trotz Ermahnung dieses Verhalten, d.h. die unangebrachte Toleranz und übertriebene Rücksichtnahme gegenüber Kufr weiter praktizieren; sie fallen vom Islam ab...

Folgt man dem ägyptischen Islamgelehrten Yusuf al-Qaradawi, der mit seinen im Internet veröffentlichten Rechtsgutachten (Fatwas) seit Jahren großen Einfluss auch auf islamische Gemeinschaften in Deutschland nimmt und der Muslimbruderschaft

nahe steht, so ist der Dialog mit den „Schriftbesitzern“, nur erlaubt, sofern er nicht an die fundamentalen Grundlagen des Islam rührt. Im übrigen, so der prominente Scheich, ziehe er es vor, den Begriff „Einladung zum Glauben“ (da'wa) - d.i. die muslimische Umschreibung für „Mission“ - durch den Begriff „Dialog zwischen den Religionen“ zu ersetzen - damit es nicht zu Missverständnissen komme (Quelle: www.qantara.de, 2003). Ist dies also ein Zeichen dafür, dass dem Dialog nur eine plakative Bedeutung zugemessen wird?

Der Dialog sollte sich an den im Grundgesetz festgelegten fundamentalen Prinzipien für das Zusammenleben von Menschen auch unterschiedlicher kultureller und religiöser Herkunft orientieren. Dazu gehört die bedingungslose Akzeptanz eines weltanschaulichen Pluralismus, der dort endet, wo aus religiösem Wahrheitsglauben politische Gestaltungsansprüche abgeleitet werden. Die Mitwirkung am demokratischen Prozess und die Abwehr religiöser und politischer Extremismen aus innerer Überzeugung sollten deshalb Voraussetzungen für den innergesellschaftlichen Dialog mit Muslimen auf allen Ebenen sein.

(LfV Hessen - 1/2004)